



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
2. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses
am Donnerstag, dem 25.08.2022
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Heinrich Behrens
Herr Daniel Heidler
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Jutta Maeder
Frau Nadine Pasalk

CDU

Herr Michael Bierhoff
Frau Sarah Grüneberg
Herr Stefan Helmken
Herr Matthias Meschede
Herr Andreas Sude
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Gerwin
Frau Christina Kollmann
Herr Timon Lütschen

FW Kamen

Herr Dennis Kobus

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses

Herr Winfried Borgmann
Herr Rainer Nehls

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Gerald Müller

Gäste

Frau Püllen, Fa. Gertec

Entschuldigt fehlten

Herr Fabian Gulcz
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Dr. Natalie Renkhoff
Herr Volker Sekunde

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Aschoff**, begrüßte die Ausschussmitglieder stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 25.08.2022 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen in Kombination mit einem integrierten Handlungskonzept für den Stadtteil Kamen-Methler sowie eines energetischen Quartierskonzeptes (KfW 432)	
3	Klimaschutzmanagement	
3.1	Vorstellung des neuen Klimaschutzmanagers Gerald Müller	
3.2	Bericht des Klimaschutzmanagements	
4	Taxistand für Elektroautos hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	081/2022
5	Ausbau der Ladestruktur für Elektromobilität und Einbindung der BürgerInnen anhand der Bedarfe hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

Zu TOP 2.

Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen in Kombination mit einem integrierten Handlungskonzept für den Stadtteil Kamen-Methler sowie eines energetischen Quartierskonzeptes (KfW 432)

Frau **Püllen** vom Büro Gertec aus Essen war in Vertretung für das Konsortium Innovation City Management (ICM) und Gertec im Ausschuss anwesend. Es ging um ein Klimaschutzkonzept für die Gesamtstadt als Fortschreibung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes sowie um zwei Konzepte, die auf die Quartiersebene Methler abzielen. Frau Püllen referierte entlang der Präsentation.

Herr **Aschhoff** bedankte sich bei Frau **Püllen** herzlich für die sehr ausführliche Präsentation.

Herr **Heidler** hob zwei Punkte besonders hervor. Zum einen den Beteiligungsgedanken bei der Konzepterstellung, der gerade im Hinblick auf die Themen Umwelt und Klima wichtig sei und Möglichkeiten des Gestaltens und aktiven Begleitens schafft: Die Aspekte in Richtung Bürgerbeteiligung seien positiv hervorzuheben. Des Weiteren seien Energieeinsparungen und Klimafolgenanpassung außerordentlich wichtige Aspekte. Das Vorhaben ginge in die richtige Richtung und es werde von der Fraktion begrüßt.

Herr **Kobus** bedankte sich für den Vortrag. Positiv hervorzuheben sei die Verzahnung der drei Konzepte. Beteiligung sehe er als ganz zentralen Baustein. Er erkundigte sich nach dem Verlauf der Quartiersabgrenzung, die im Unterschied zur ersten Vorstellung weiter gefasst sei.

Frau **Püllen** erläuterte, dass das Quartier im östlichen Bereich von der Germaniastraße und im Süden von der Bahnlinie begrenzt sei.

Herr **Bierhoff** bedankte sich für das Referat. Die CDU würde dieses ambitionierte Projekt begleiten und beobachten. Bürgerbeteiligung sei in dem

Zusammenhang außerordentlich wichtig, denn nur wer mitgestaltet, empfindet auch Verantwortung und Identifikation.

Herr **Gerwin** schloss sich dem Dank an. Durch zahlreiche Änderungen auf der Bundesebene sei es zu Stillstand gekommen, im Bereich des Klimaschutzes müsse es nun strukturiert weiter gehen. Er betonte, die Qualität des Prozesses liege darin, dass er in Stadtplanung und Stadtentwicklung integriert sei. Bürgerbeteiligung sehe er als Chance, das Verständnis in der Bevölkerung zu vergrößern.

Frau **Maeder** hob hervor, dass der Prozess in Heeren-Werve sehr anschaulich zeige, wie viel bewegt werden könne. Es habe maßgeblich zu einer Aktivierung der Bürgerschaft beigetragen. Das Stadtteilbüro sei nicht mehr wegzudenken.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass es sich hierbei um ein sehr umfangreiches Paket handele, welches gemeinsam bearbeitet werden müsse. Es wird als Querschnittsaufgabe in mehrere Ausschüsse gespielt werden. Die gemeinsame Taktung sei wichtig, um die Synergien ausschöpfen zu können. Methler solle das Modellquartier für das KfW-432-Konzept sein. Hierbei handele es sich um wichtige Arbeit, denn nachhaltige Stadtentwicklung würde jetzt gebraucht werden. Auch wenn die Konzepte erst Ende 2023 beschlossen würden, so würde dennoch kontinuierlich an unterschiedlichen Projekten gearbeitet werden. Der Vergleich mit Heeren-Werve passe nicht mehr ganz, da nun der Klimaschutz auch in der Städtebauförderung fest verankert sei.

Zu TOP 3.

Klimaschutzmanagement

Zu TOP 3.1.

Vorstellung des neuen Klimaschutzmanagers Gerald Müller

Herr **Müller** referierte entlang der Präsentation.

Herr **Behrens** betonte, dass bei der Diskussion um Klimaneutralität das Thema der Ökosysteme nicht vergessen werden dürfe. Bei allen Katastrophen fokussiere sich der Blick immer nur auf den Menschen. Der Verlust an Lebewesen durch Waldbrände oder Dürren sei ganz erheblich. Das müsse vielmehr in den Fokus der Betrachtung rücken.

Herr **Bierhoff** erkundigte sich nach den Zielen, Visionen und der Motivation von Herrn Müller.

Herr **Müller** erläuterte, dass für ihn die Beteiligung der BürgerInnen bei der Neuaufstellung des Klimaschutzkonzeptes wichtig sei, weil die Klimaschutzziele nur mit diesen erreicht werden können. Außerdem möchte er einen Schwerpunkt auf die Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stadtgebiet legen. Auch dem Thema Mobilitätsmanagement möchte er sich widmen. Dabei geht es für ihn darum, wie man mit den BürgerInnen gemeinsam eine treibhausgasneutrale Mobilität erreichen kann und dass er es für sinnvoll hält, ein Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung Kamen einzuführen.

Herr **Kuru** erkundigte sich nach dem Unterschied von Schulradeln und STADTRADELN. Außerdem wollte er wissen, ob Jobrad im Rahmen vom Mobilitätsmanagement auch ein Thema sei.

Herr **Müller** antwortete, dass es sich beim Schulradeln um einen Unterwettbewerb zum STADTRADELN mit einer zielgruppengerechten Ansprache handele. Mitglieder des Jugendparlamentes wurden dafür gewonnen, in einem Youtube-Video für das Schulradeln zu werben. Über das Thema Jobrad könne man gerne ins Gespräch kommen.

Herr **Kuru** fand das Thema Schulradeln sei sehr Interessant für Kamen und würde wegen des Jobrad-Themas auf Herrn Müller zukommen.

Zu TOP 3.2.

Bericht des Klimaschutzmanagements

Herr **Müller** referierte entlang der Präsentation.

Herr **Aschhoff** betonte, es sei Aufgabe des Ausschusses sich all den Rahmenbedingungen bewusst zu sein. In einem zweiten Schritt gehe es darum, die Themen auf Kamen herunterzubrechen.

Herr **Gerwin** erkundigte sich, wie man nun zu einer Priorisierung und dann in eine Umsetzung komme. Neben dem Klimaschutzkonzept müsse parallel Klimaschutz betrieben werden. Im Hinblick auf Fristen und Förderkulissen sei es nun wichtig tätig zu werden. Er fragte, wann es einen Fahrplan bzw. eine Priorisierungsliste geben könne.

Herr **Dr. Liedtke** betonte im Klimaschutzkonzept würde dies einen hohen Stellenwert einnehmen. Derzeit würden aber natürlich parallel gerade alle Immobilien und Energieeinsparquellen betrachtet und bewertet. Wo wurde bereits optimiert, wo könne es kurzfristig zu Einsparungen kommen. Die Gasknappheit wird uns im Winter aller Voraussicht nach noch ganz besonders beschäftigen.

Herr **Kobus** bedankte sich für den fachlichen Input. Er freue sich über die unterschiedlichen Hinweise. Mit Blick auf das Klimaschutzgremium wünsche er sich eine Differenzierung zwischen: Was ist Klimafolgenanpassung, wobei geht es um den Erhalt der Artenvielfalt, welche Maßnahmen gehören in das Ressourcenmanagement.

Herr **Bierhoff** schloss sich dem Dank für den umfangreichen Vortrag an. Es gäbe nicht mehr viel Zeit. Alle unterlägen nun einem Spar- und Effizienz-zwang. Beleuchtung sehe toll aus, aber man müsse die Lichter ausschalten. Es gebe sehr viel zu tun und man habe nicht mehr viel Zeit.

Herr **Helmke** betonte, dass ihn der Inhalt des Vortrages sehr nachdenklich gemacht habe und darin viel Handlungsbedarf stecke.

Herr **Heidler** griff den Gedanken von Herrn Bierhoff noch einmal auf: „Man wird sich über liebgewonnenes Gedanken machen müssen.“ Dies bedeute auch ein Umdenken. Dabei sei es wichtig als Kommune mit gutem Vorbild voran zu gehen.

Herr **Behrens** lenkte den Fokus darauf, dass es spannend werde, was man als Kommune überhaupt noch selber entscheiden könne. Aus seiner Sicht, wird und muss es letztlich Vorgaben von Bund und Ländern geben.

Herr **Kobus** warf die Fragen auf, wie man all diese Themen letztlich auch tragbar für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen könne und wie man sich dabei schlau anstellen könne. Er fragte an, ob ggf. ein Newsletter des städtischen Klimaschutzmanagements denkbar sei.

Darauf antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass dies alles derzeit ein sehr dynamischer Prozess sei. Räume dürften nur noch auf 19 Grad Celsius geheizt werden. Leuchtreklame müsse nachts ausgeschaltet werden. Die Bundesverordnung läge vor.

Herr **Gerwin** hob hervor, dass es ja nicht nur darum ginge, was man dürfe und was nicht, sondern auch darum, was man überhaupt noch bezahlen könne.

Zu TOP 4.
081/2022

Taxistand für Elektroautos
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Herr **Heidler** sagte, die Vorlage der Verwaltung lege dar, dass es derzeit keine Nachfrage nach Ladesäulen am Taxistand gäbe, daher müsse man das Thema zunächst ruhen lassen. Er warf die Frage auf, ob es überhaupt sinnvoll sei, ganz generell Anreize zu schaffen, um mit dem Auto zu fahren. Aus seiner Sicht müsse die Diskussion eigentlich ganz anders gelagert sein.

Herr **Lütschen** merkte an, er könne die Aussage „E-Autos sind nicht für den Taxibetrieb geeignet“ nicht nachvollziehen. Für den Missstand, dass die Autos dort mit laufendem Motor stünden, müsse eine Lösung gefunden werden. Er fragte, ob die Anbringung eines Schildes denkbar sei. Auch wäre ja eine Nachrüstung mit Standheizungen denkbar.

Herr **Helmke** fügte hinzu, dass sich abzeichne, dass auch die Bevölkerung zunehmend keine laufenden Motoren mehr toleriere.

Herr **Heidler** begrüßte den Vorschlag, dass auch von Seiten der Verwaltung nochmals ein Hinweis an die Taxiunternehmen ginge.

Herr **Lütschen** stimmte zu, dass auf die Taxiunternehmen zuzugehen eine gute Sache sei.

Darauf antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass letztlich jeder Taxifahrer wisse, dass er den Motor nicht laufen lassen dürfe. Sinn und Zweck eines Schildes blieben an der Stelle für ihn offen.

Herr **Bierhoff** stellte fest, eine nette und höfliche Ansprache durch den Ordnungsdienst könne sinnvoll sein.

Beschluss:

Der Bürgeranregung zum Ausbau des Taxistandes am Alten Markt mit E-Ladesäulen wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Ausbau der Ladestruktur für Elektromobilität und Einbindung der BürgerInnen anhand der Bedarfe
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Mit folgenden Punkten bezog Herr **Breuer** zu der Bürgeranregung Stellung:

Im Rahmen der ohnehin geplanten Veranstaltungen des Klimaschutzgremiums sowie der Beteiligungen zur Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes besteht die Möglichkeit auch die Anregungen der Bürger bezüglich notwendiger Ladeinfrastruktur abzufragen. Die Beteiligungen zum Klimaschutzkonzept erfolgen auch über Online-Angebote, so dass hier ausreichende Möglichkeiten bestehen ein Meinungsbild abzufragen. Bei der Konzeptionierung der Veranstaltungen und der Beteiligungen sowie der Online-Beteiligungen wird mit den beauftragten Dienstleistern geprüft, wie dies mit berücksichtigt werden kann. Ein Aspekt ist dabei zu beachten: es ist da kein repräsentatives Ergebnis zu einem Bedarf an Ladeinfrastruktur zu bekommen.

Zwischen der GSW und der Verwaltung gibt es bereits eine enge Abstimmung. In der letzten Sitzung hat Herr Baudrexel darüber berichtet. Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich neue Standorte, die eine Ladeinfrastruktur erhalten. Wesentliches Kriterium war hier neben der zu erwartenden Nutzung der vorhandene Netzausbau, so dass sichergestellt werden kann, dass ein einigermaßen schnelles Laden angeboten werden kann. Dabei sind einige Standorte, die auch im Bürgerantrag genannt sind, z. B. Koepeplatz oder Edelkirchenhof. Andere wie zum Beispiel Parkhaus Bahnhof können aufgrund der fehlenden Netzkapazität nicht kurzfristig umgesetzt werden oder sind wie das Parkhaus Kamen Quadrat Privateigentum.

Eine Analyse und insbesondere eine umfangreiche Darstellung der Fördermöglichkeiten bietet die Landesgesellschaft Energie- und Klimaschutz unter dem Namen „NRW.Energy4Climate“ insbesondere mit dem im Internet verfügbaren FörderNavi u. a. für Private, Investoren oder Kommunen:
<https://tool.energy4climate.nrw/foerder-navi>

Eine weitergehende Analyse der Fördermöglichkeiten, eine Beratung oder gar eine weitergehende Unterstützung bei der Stellung von Förderanträgen von Dritten kann die Verwaltung aus Kapazitätsgründen nicht leisten. Selbstverständlich „berät“ die Verwaltung niederschwellig, wenn jemand Fragen hierzu hat, allerdings muss für Details auch auf weitergehende Angebote, wie das FörderNavi verwiesen werden. Dazu ist die Förderlandschaft viel zu vielfältig. Neben einzelnen Programmen spielt auch Steuerrecht noch eine wichtige Rolle bei den Förderungen.

Bei jeder Gelegenheit wird mit z. B. Einzelhandelsunternehmen und Wohnungsbauunternehmen die Notwendigkeit und Möglichkeiten von Ladeinfrastruktur thematisiert. Auch mit Anbietern von Ladeinfrastruktur sind wir im Gespräch, z. B. die GSW. Wichtig ist aber auch, dass Kamener

Bürgerinnen und Bürger in der Regel keine Ladesäulen im Stadtzentrum benötigen. Nutzer der öffentlichen Ladesäulen kommen in der Regel von Außerhalb. Zunehmend kommen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern aus Mietwohnungen. Die Einrichtung einer Ladeinfrastruktur muss dann Aufgabe des Vermieters sein und nicht der öffentlichen Hand.

Die geplanten nächsten Schritte:

- Information und Beteiligung: Einbindung der Stadtgesellschaft über Klimaschutzgremium, Homepage sowie Öffentlichkeitsarbeit
- Ausbau Standorte durch die GSW in Arbeit:
 - o Edelkirchenhof, 2 Ladepunkte
 - o Nordenmauer, 2 Ladepunkte
 - o Koepeplatz, 2 Ladepunkte
 - o Schwimmbad, 2 Ladepunkte
 - o Methler Bürgerhaus, 2 Ladepunkte
 - o → GSW übernimmt die Finanzierung
 - o Parkhaus Bahnhof – Netzanschluss derzeit nicht ausreichend
 - o Rathaus, 4 zusätzliche Ladepunkte Bahnhofstraße – in der Prüfung
- Registrierung Flächentool der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur zur Vermarktung weiterer potenzieller Standorte → <https://flaechentool.de>
- Abstimmung über weiteres Vorgehen mit dem Kreis Unna. Im neuen Klimaschutzkonzept des Kreises Unna ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur eine Maßnahme. Wichtig auch vor dem Hintergrund, dass öffentliche Ladesäulen eher für auswärtige Nutzer wichtig sind (Kamener in Schwerte).
- Klimaschutzmanagement ist erste Anlaufstelle bei Bürgerfragen und verweist auf Vorgehen, Bedarfserfassung, Wallbox GSW sowie die Förderprogramme von Bund und Land (z. B. FörderNavi)

Fazit: Aus Sicht der Verwaltung werden die Anforderungen, die die Bürgeranregung stellt, soweit möglich, erfüllt unter der Voraussetzung, dass mit der Anregung keine repräsentative Datenerhebung impliziert war.

In der Bürgeranregung wird beantragt, dass dieser dem zuständigen Fachausschuss zur BERATUNG vorgelegt wird. Eine Beschlussfassung ist somit nicht zwingend erforderlich, auch wenn der Bürgerantrag einen Beschlussvorschlag macht.

Herr **Kobus** erkundigte sich, ob es um ein Konzept oder eine Untersuchung mit der GSW ginge.

Herr **Breuer** antwortete darauf, dass untersucht wurde, wo Ladesäulen möglich und sinnvoll seien.

Herr **Kobus** verwies auf das Standorttool. Hier ließen sich mit Schiebereg-
lern sehr anschaulich zukünftige Bedarfe darstellen. Dieses Thema bewege
sehr viele Menschen. Hierfür brauche es ein Gesamtkonzept und eine
Marschroute, die man kommunizieren könne.

Herr **Breuer** ergänzte, man stünde am Anfang und habe mit dem ersten
Schritt Standorte identifiziert. Die Frage des Netzanschlusses sei in dem
Zusammenhang immer sehr zentral. Natürlich spiele hier auch immer die
Wirtschaftlichkeit eine Rolle.

Herr **Heidler** merkte an, dass durch die Beratung heute nochmal sehr
deutlich geworden sei, was eigentlich dahinter stecke und die Verwaltung
bereits tätig geworden sei. Der Antrag sei damit beraten. Mit Blick auf die
Ladepunkte seien es zukünftig nicht die Orte in der Innenstadt zum Laden,
da dort der Aufenthalt zu kurz sei. Spannend würde es dort wo die Men-
schen wohnen und arbeiten. Große Arbeitgeber seien in der Pflicht. Die
Zukunft der Mobilität habe viele Facetten, die künftig alle berücksichtigt
werden müssten.

Herr **Bierhoff** sagte darauf, er habe den Ausführungen von Herrn Heidler
nichts mehr hinzuzufügen.

Herr **Kobus** widersprach Herrn Heidler mit Blick auf die Ladezeiten. Auch
kurze Ladevorgänge seien sinnvoll. Er richtet die Frage an die SPD-Frak-
tion, ob man aus den Äußerungen tatsächlich den Wunsch nach einer
autofreien Innenstadt ableiten könne.

Herr **Heidler** merkte an, dass dies ein wünschenswertes Thema für die
Zukunft sei. Jeder solle auch zukünftig die Innenstadt erreichen können.
Hierbei solle aber nicht der Pkw den höchsten Stellenwert besitzen.
Herr **Lütschen** stellte fest, dass die Stadtverwaltung seit der Antragstellung
sehr viel getan habe. Hierfür bedankte sich Herr Lütschen.

Herr **Gerwin** betonte, es müsse ein Maß gefunden werden, dass die Ge-
samtkosten für die Einrichtungen der Säulen, die letztlich von allen End-
kunden getragen werden müssten, nicht ausufern.

Frau **Maeder** sagte, dass E-Mobilität nur ein Übergang zu anderen Techno-
logien sei.

Herr **Helmke** entgegnete, dass E-Mobilität keine Brückentechnologie sei,
sie würde uns als Teil der Mobilitätszukunft immer erhalten bleiben.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte dazu, dass wenn in Zukunft jeder Verbrenner
einfach nur durch ein E-Auto ersetzt würde, hätten wir keine Mobilitätswen-
de. Es müssten Lösungen gegen Lärm, volle Straßen und für mehr Sicher-
heit gefunden werden. Zu der Anregung müsse nun nicht abgestimmt
werden.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Harrach** informierte darüber, dass die Anlage einer Streuobstwiese mit 12 Obstbäumen in Heeren-Werve an der Bergstraße / Höhe Mühlbach am 22.10.2022 erfolge. Es handele sich hierbei um ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Bürgerschaft/Stadtteilmanagement Heeren-Werve, Lippeverband und der Stadt. Die Stadt beschaffe die Bäume aus Mitteln der Baumschutzsatzung. Die Fläche werde weiter extensiv durch den Lippeverband gepflegt. Die Anwuchspflege und den Schnitt der Bäume erledige in den ersten Jahren ein beauftragter Garten- und Landschaftsbaubetrieb. Darüber hinaus wird eine Herbstpflanzung mit 14 weiteren Bäumen im Stadtgebiet stattfinden.

Anfragen

Herr **Kuru** fragt an, ob die gefälltten Bäume an der Brückenbaustelle der Autobahnbrücke A2 wieder aufgeforstet werden.

Hierzu teilt die Autobahn GmbH mit Schreiben vom 19.09.2022 mit:

Mit Abschluss der Baumaßnahme (Ende 2022) werden die Lärmschutzanlagen auf beiden Richtungsfahrbahnen gemäß ihrer ursprünglichen Geometrie wieder hergestellt. Die Baustellenbereiche und in Anspruch genommenen Flächen werden wieder in den ursprünglichen Zustand versetzt; d. h. die Böschungen und Fahrbahnrandbereiche werden an der A2 sowie an der Hammer Straße vor und hinter dem Bauwerk mit Straßenbegleitgrün (Rasen, Sträucher, Gehölze, Einzelbäume) wieder hergestellt.

Des Weiteren fragt Herr **Kuru**, ob ein Bericht zum Zustand der Waldflächen im Stadtgebiet möglich wäre. (Antwort des Regionalfortsamtes Ruhrgebiet s. Anlage)

Herr **Behrens** erinnerte daran, dass die Themen Mülltrennung, Recycling, thermische Verwertung und Abfall im Allgemeinen lange nicht mehr im Ausschuss besprochen wurden. Er regte an, einen Ansprechpartner von der GWA zum Ausschuss einzuladen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Aschhoff
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer